

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Strafrechtliche Grundlagen	1
1. Abschnitt: Begriff und Quellen des materiellen Strafrechts	1
2. Abschnitt: Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	2
A. Inlandstaaten	2
B. Auslandstaaten	3
3. Abschnitt: Die Zwecke strafrechtlicher Verbote und ihrer Rechtsfolgen	5
A. Schutz von Rechtsgütern	5
B. Zwecke von Strafen und Maßregeln	6
I. Strafen	6
II. Maßregeln der Sicherung und Besserung	7
4. Abschnitt: Die Gerechtigkeitsprinzipien des Strafrechts	7
A. Das Gesetzlichkeitsprinzip	8
I. Inhalt, Adressaten und Reichweite	8
II. Die vier Kardinalprinzipien des Strafrechts, abgeleitet aus dem Gesetzlichkeitsprinzip	10
1. Keine Strafbarkeit ohne geschriebenes Gesetz – strenger Gesetzesvorbehalt	10
2. Keine Strafbarkeit ohne sicheres Gesetz – Bestimmtheitsgrundsatz	10
3. Keine Strafbarkeit ohne strenges Gesetz – Verbot täterbelastenden Gewohnheitsrechts und Analogie; Auslegung und Grenzen	11
a) Verbot täterbelastenden Gewohnheitsrechts	12
b) Verbot täterbelastender Analogie	12
c) Auslegungsmethoden	14
aa) Grammatische Auslegung	14
bb) Systematische Auslegung	14
cc) Historische Auslegung	15
dd) Verfassungskonforme Auslegung	15
ee) Gemeinschaftskonforme Auslegung	15
ff) Teleologische Auslegung	16
d) Grenzen der Auslegung	16
4. Keine Strafbarkeit ohne vorheriges Gesetz	17
a) Rückwirkungsverbot für Strafgesetze	17
b) Verbot rückwirkender und täterbelastender Rechtsanwendung	18
B. Das Schuldprinzip	19
I. Inhalt und verfassungsrechtliche Verankerung	19
II. Reichweite	20
5. Abschnitt: Deliktsarten	21
A. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	21
B. Erfolgsdelikte, schlichte Tätigkeitsdelikte	21
C. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	23
D. Vollendung und Versuch	23

E. Vergehen und Verbrechen	24
F. Grundtatbestand, Qualifikation, Privilegierung	25
G. Allgemeindelikte, Sonderdelikte, eigenhändige Delikte	26
■ Zusammenfassende Übersicht: Deliktsarten	27
6. Abschnitt: Die für alle Delikte gültigen Strafbarkeitsvoraussetzungen	28
A. Handlung	28
I. Die strafrechtlichen Handlungslehren	28
II. Heute anerkannte „Nichthandlungen“	29
III. Einordnung der Handlung in den Verbrechensaufbau	30
B. Tatbestandsmäßigkeit	31
I. Simultaneitätsprinzip	31
II. Stellung von Vorsatz und Fahrlässigkeit	32
III. Lehre von der objektiven Zurechnung	32
C. Rechtswidrigkeit	33
D. Schuld	33
E. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	34
I. Objektive Strafbarkeitsbedingungen	34
II. Strafausschließungsgründe; Strafaufhebungsgründe	34
III. Prozessuale Strafbarkeitsvoraussetzungen und -hindernisse	34
IV. Strafzumessungsvorschriften	35
F. Konkurrenzen	35
2. Teil: Das vollendete vorsätzliche Erfolgsdelikt als Begehungstat	36
1. Abschnitt: Tatbestandsmäßigkeit	37
A. Objektive Tatbestandselemente	37
I. Deliktsspezifische äußere Unrechtsmerkmale	37
II. Tathandlung	37
Fall 1: „Handlung“ und „Nichthandlung“; Unterlassen als Handlung	38
III. Kausalzusammenhang zwischen Handlung und Erfolg	40
1. Bedingungs- oder Äquivalenztheorie (conditio-sine-qua-non-Formel)	40
Fall 2: Alternative Kausalität	43
2. Kritik an der conditio-sine-qua-non-Formel	
Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	44
IV. Gefahrzusammenhang zwischen kausaler Handlung und Erfolg	45
1. Das Erfordernis einer objektiven Zurechnung	45
2. Problematische Fallgruppen	47
a) Fehlen eines rechtlich missbilligten Risikos	47
aa) Schadenseintritt außerhalb menschlicher Steuerbarkeit	47
bb) Sozialadäquanz	48
cc) Risikoverringerung	48
b) Zurechnungsausschluss mangels Risikozusammenhangs	49
aa) Atypischer Kausalverlauf/Inadäquanz	49
bb) Fehlender Schutzzweckzusammenhang	50
cc) Hypothetische Abläufe mit demselben Erfolg	51

dd) Allgemeines Lebensrisiko	51
ee) Anknüpfende Zweithandlungen	52
(1) Dazwischenreten deliktisch handelnder Dritter	52
Fall 3: Zwei Mörder desselben Opfers	53
(2) Erfolgsvermittelnde Handlungen von Rettern	56
(3) Erfolgsvermittelnde Zweithandlungen desselben Täters	57
Fall 4: Mord und Totschlag durch denselben Täter am selben Opfer (Scheunenmord-Fall)	57
(4) Zweithandlungen des Opfers; freiverantwortliche Selbstgefährdungen	59
(5) Selbstgefährdungen und -verletzungen von Rettern	61
■ Zusammenfassende Übersicht: Kausalität, objektive und subjektive Erfolgszurechnung	62
B. Subjektive Tatbestandselemente	63
I. Tatbestandsvorsatz	63
1. Bezugspunkte und Konkretisierung des Vorsatzes	63
2. Zeitliche Beziehung zwischen Tatverwirklichung und Vorsatz	64
Fall 5: dolus subsequens; Grenzen der subjektiven Zurechenbarkeit von Kausalabweichungen	65
3. Vorsatzformen	67
a) Absicht	67
b) Direkter Vorsatz	68
c) Eventualvorsatz	68
aa) Wissenstheorien	68
bb) Willenstheorien	70
Fall 6: dolus eventualis für einen Deliktsfolg und seine Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit sowie zum Gefährdungsvorsatz	71
4. Vorsatzkombinationen	74
a) Dolus cumulativus	74
b) Dolus alternativus	75
Fall 7: dolus alternativus in Bezug auf verschiedene Rechtsgut- träger	75
II. Deliktsspezifische subjektive Tatbestandsmerkmale	77
1. „Wider besseres Wissen“	77
2. „Absicht“	77
■ Zusammenfassende Übersicht: Subjektiver Tatbestand des vorsätzlichen Begehungsdelikts	79
2. Abschnitt: Rechtswidrigkeit	80
A. Systematik der Erlaubnissätze	80
I. „Rechtswidrigkeit“ als Tatbestandsmerkmal oder als bloßer Hinweis auf etwaige Rechtfertigungsgründe	80
II. Rechtsquellen für Erlaubnissätze	81

III. Nur beschränkte Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips aus Art. 103 Abs. 2 GG	81
1. Kein numerus clausus	81
2. Keine teleologische Reduktion, wohl aber Auslegung und ausdehnende Analogie	81
IV. Rechtswirkungen von Rechtfertigungsgründen	82
1. Eingriffsrecht und Duldungspflicht	82
2. Mangels Unrecht auch keine Teilnahmefähigkeit	83
3. Teilbarkeit der Rechtfertigung	83
V. Gemeinsame Strukturen der „Erlaubnistarbestände“	83
VI. Ex-post-Beurteilung der Konfliktlage und ex-ante-Beurteilung der Eingriffshandlung	84
VII. Das subjektive Rechtfertigungselement	84
1. Notwendigkeit	84
2. Inhalt	84
3. Rechtsfolgen fehlender subjektiver Rechtfertigung	85
VIII. Prüfungsreihenfolge bei mehreren möglichen Rechtfertigungsgründen	86
1. Grundsatz der Spezialität	86
2. Konkurenzen von Rechtfertigungsgründen	86
B. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Interessen der Rechtsordnung	87
I. Notwehr, § 32	87
1. Angriff	88
2. Gegenwärtigkeit des Angriffs	90
3. Rechtswidrigkeit des Angriffs	92
4. Verteidigung	92
5. Erforderlichkeit der Verteidigungshandlung	93
6. Gebotenheit der Verteidigungshandlung	95
a) Bagatellangriffe	95
b) Krasses Missverhältnis	95
c) Angriff schuldbefreit Handelnder	96
d) Persönliche Nähebeziehung	96
e) Notwehr gegen Schutz- oder Schweigegelderpresser	97
f) Widerstand gegen hoheitliches Handeln	98
g) Europäische Menschenrechtskonvention	99
h) Schuldhafte Herbeiführung der Notwehrlage	99
aa) Absichtsprovokation	99
bb) Sonst vorwerfbar herbeigeführte Notwehrlage	100
Fall 8: Notwehrverkettungen; actio illicita in causa	102
i) Abwehrprovokation	106
7. Verteidigungswille	106
8. Nothilfe	107
a) Notwehrbeschränkungen des Angegriffenen gelten auch für den Nothelfer	107
b) Nothilfe darf nicht aufgedrängt werden	107
c) Die Allgemeinheit ist im Rahmen der Nothilfe kein „anderer“	108

d) Rechtfertigung von Hoheitsträgern aus Nothilfe	108
■ Zusammenfassende Übersicht: Notwehr und Nothilfe, § 32	110
II. Selbsthilferechte	111
1. Selbsthilfe zur Anspruchssicherung nach den §§ 229 ff. BGB	111
2. Selbsthilfe des Besitzers, § 859 BGB	112
III. Vorläufige Festnahme	112
1. Festnahmelage	113
2. Festnahmehandlung	114
3. Festnahmeabsicht	115
Fall 9: Grenzen der Jedermann-Festnahme; §§ 229, 230 BGB	115
IV. Rechtfertigender Notstand	117
1. Notstandslage	119
2. Erforderlichkeit der Notstandshandlung	120
3. Interessenabwägung	121
Fall 10: Präventivnotwehr; Interessenabwägung im Defensivnotstand	122
4. Angemessenheit	125
a) Generelles Abwägungsverbot	125
b) Sonstige oberste Rechtsprinzipien	126
c) Besondere Duldungspflichten	127
5. Gefahrabwendungswille	128
■ Zusammenfassende Übersicht: Rechtfertigender Notstand, § 34	129
C. Unrechtsausschlüsse wegen Handelns zum Schutz der Interessen des Rechtsgutträgers	130
I. Rechtfertigende ausdrückliche Einwilligung	130
1. Rechtliche Zulässigkeit	130
2. Einwilligungserklärung	131
a) Zur Disposition Berechtigter	131
b) In Bezug auf Eingriffshandlung und -erfolg	131
c) Kundgabe nach außen	131
3. Wirksamkeit	131
a) Einwilligungsfähigkeit	131
b) Ernstliche und willensmangelfreie Zustimmung	132
Fall 11: Ärztlicher Heileingriff; hypothetische Einwilligung	133
c) Sittenverstoß, § 228	135
Fall 12: Grenzen der Einwilligung bei verabredeten Massenschlägereien	136
4. Subjektives Rechtfertigungselement	138
II. Rechtfertigende mutmaßliche Einwilligung	139
1. Subsidiarität gegenüber dem entgegenstehenden Willen oder einer einholbaren Einwilligung	139
2. Rechtliche Möglichkeit eines Rechtsschutzverzichts	140
3. Übereinstimmung mit dem mutmaßlichen Willen	141
4. Subjektives Rechtfertigungselement	141

III.	Tatbestandsausschließendes Einverständnis	141
	Fall 13: Einverständnis zum Betreten einer Wohnung und zum Gewahrsamsverlust	142
IV.	Gibt es auch ein „mutmaßliches Einverständnis“?	145
■	Zusammenfassende Übersicht: Einverständnis/Einwilligung	147
D.	Rechtfertigung hoheitlichen Handelns	148
	I. Handeln aufgrund eigener Entscheidung	148
	II. Vollstreckung eines Urteils oder Verwaltungsakts	150
	III. Befolgung einer dienstlichen Weisung	150
	IV. Ausführung eines rechtswidrigen, aber verbindlichen Befehls	151
3. Abschnitt: Schuld	152
A.	Schuldfähigkeit	153
	I. Die altersabhängigen Stufen der Schuldfähigkeit im Allgemeinen	153
	II. Biologisch-psychologische Schuldunfähigkeit im Einzelfall	153
	III. Hauptanwendungsfall für § 20: Alkoholrausch	155
	IV. Die <i>actio libera in causa</i>	156
	Fall 14: Entbehrlichkeit der fahrlässigen <i>actio libera in causa</i> und Begründungsmodelle der vorsätzlichen <i>actio libera in causa</i>	157
	Fall 15: <i>Actio libera in causa</i> bei verhaltensneutralen Vorsatzdelikten	164
	V. Verminderte Schuldfähigkeit	167
B.	Spezielle Schuldmerkmale	167
C.	Entschuldigungsgründe	168
	I. Notwehrexzess, § 33	168
	1. Notwehrlage	169
	2. Überschreitung der Notwehrgrenzen	170
	3. Asthenischer Affekt	170
	4. Innerer Zusammenhang zwischen Exzess und Affekt	170
	5. Verteidigungswille	171
	Fall 16: Bewusste Überschreitung einer verschuldeten Notwehr	171
	II. Entschuldigender Notstand, § 35	173
	1. Notstandslage	173
	2. Notstandshandlung	175
	3. Gefahrabwendungswille	176
	Fall 17: Beseitigung einer Lebensgefahr für sich und einen Nahestehenden	177
	Fall 18: Auswirkungen der vom Gefährdeten verschuldeten Notstandslage auf den Notstandshelfer (1. Abwandlung des Falles 17)	178
	Fall 19: Auswirkungen der vom Notstandshelfer verschuldeten Notstandslage auf den Gefährdeten (2. Abwandlung des Falles 17)	179
III.	Übergesetzlicher entschuldigender Notstand	180
	1. Notstandslage	180
	2. Notstandshandlung	180

3. Gefahrabwendungswille	181
Fall 20: Quantitativer Lebensnotstand	182
IV. Grenzen strafrechtlicher Entschuldigung	183
■ Zusammenfassende Übersicht: Entschuldigungsgründe	184
D. Unrechtsbewusstsein	185
I. Kein Irrtum nach § 16 oder sonstiger Spezialregel	185
II. Deliktsbezogener Verbotsirrtum im Tatzeitpunkt	185
III. Unvermeidbarkeit oder Vermeidbarkeit	186
4. Abschnitt: Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgründe	187
A. Strafausschließungsgründe	187
I. Persönliche Strafausschließungsgründe	187
II. Sachliche Strafausschließungsgründe	187
B. Strafaufhebungsgründe	188
5. Abschnitt: Strafantrag; andere Strafverfolgungsvoraussetzungen oder -hindernisse	188
A. Strafantrag	188
I. Der Strafantrag muss gesetzlich vorgeschrieben sein	188
II. Der Antrag muss gestellt und darf nicht zurückgenommen sein	188
III. Der Antragsteller muss antragsberechtigt sein	189
IV. Der Antrag muss form- und fristgerecht gestellt worden sein	189
B. Strafverfolgungshindernisse	190
I. Verfolgungsverjährung	190
II. Weitere Strafverfolgungshindernisse	190
3. Teil: Das fahrlässige Begehungsdelikt	191
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	191
A. Unterschiede zur Vorsatztat	191
B. Fahrlässigkeit	192
I. Definition	192
II. Fahrlässigkeitsformen	193
III. Objektive und individuelle Fahrlässigkeit	193
IV. Standort im Deliktaufbau	194
V. Ermittlung der Fahrlässigkeit im konkreten Fall	195
1. Sorgfaltswidrigkeit	195
2. Vorhersehbarkeit	197
C. Pflichtwidrigkeits- und Zurechnungszusammenhang zwischen der fahrlässigen Handlung und dem Erfolg	197
I. Nicht mehr gesondert zu prüfende Fallgruppen der objektiven Zurechnung	197
1. Schaffen eines rechtlich missbilligten Risikos, Sozialadäquanz	197
2. Inadäquanz	198
II. Verbleibende Tatbestandsausschlüsse	198
1. Risikoverringerung	198

2. Erfolg außerhalb des Risikozusammenhangs der fahrlässigen Handlung; hypothetisches rechtmäßiges Alternativverhalten	198
3. Erfolg außerhalb des Schutzzweckzusammenhangs	200
4. Anknüpfende Zweithandlungen	200
a) Anknüpfungshandlungen des Täters oder dritter Personen	200
b) Eigenverantwortliche Selbstgefährdungen des Opfers	201
D. Rechtfertigung	201
E. Schuld	202
I. Allgemeine Schuldelemente	202
II. Fahrlässigkeitsschuld	202
III. Unzumutbarkeit	202
2. Abschnitt: Spezielle Fahrlässigkeitsprobleme	204
A. Sonderwissen	204
B. Die Prüfung hypothetisch rechtmäßigen Alternativverhaltens im Einzelnen; Risikoerhöhungslehre	204
Fall 21: Fallklassiker: Radfahrer-Fall (BGHSt 11, 1)	204
C. Einverständliche Fremdgefährdung und rechtfertigende Einwilligung in sorgfaltswidriges Verhalten	207
Fall 22: Einverständliche Fremd- und eigenverantwortliche Selbstgefährdung; § 228 zur Begrenzung der rechtfertigenden Einwilligung	207
Fall 23: Einwilligung in Lebensgefährdungen mit Todesfolge (Abwandlung des Falles 22)	210
■ Zusammenfassende Übersicht: Das fahrlässige Begehungs(-Erfolgs-)delikt	213
4. Teil: Das vorsätzliche unechte Unterlassungsdelikt	214
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	214
A. Arten der Unterlassungsdelikte	214
B. Aktives Tun oder Unterlassen	214
C. Die besonderen Deliktsmerkmale des § 13	217
I. Tatsächliche Handlungsmöglichkeit	217
II. Garantenstellungen	217
1. Beschützergarantien	217
a) Rechtssatz	217
b) Rechtlich fundierte enge Lebensgemeinschaft	218
c) Gemeinschaften mit Schutzfunktion	218
d) Übernahme von Schutzpflichten	219
e) Besondere berufliche Stellung, insbesondere Amtsträger	220
2. Überwachungsgarantien	221
a) Rechtssatz	221
b) Beherrschung einer Gefahrenquelle	221
aa) Verkehrssicherungspflichten	222
bb) Beherrschung eines räumlich abgegrenzten Bereichs	222
cc) Aufsichtspflichten	222
dd) Reichweite der Garantenpflicht	223
c) Ingerenz	224

III. Gleichwertigkeit des Unterlassens mit aktivem Tun	226
D. (Quasi-)Kausalität	226
E. Gefahr-/Zurechnungszusammenhang zwischen garantienpflichtwidrigem Unterlassen und Erfolg	227
I. Nicht mehr gesondert zu prüfende Fallgruppen der objektiven Zurechnung	227
1. Schaffen eines rechtlich missbilligten Risikos, Sozialadäquanz, Risikoverringerung	227
2. Hypothetisches rechtmäßiges Alternativverhalten	228
3. Schutzzweckzusammenhang	228
II. Verbleibende Fallgruppen	228
1. Inadäquanz	228
2. Risikoabbruch	229
3. Anknüpfende Zweithandlungen	229
a) Anknüpfungshandlungen des Täters oder dritter Personen	229
b) Eigenverantwortliche Selbstgefährdung	229
F. Vorsatz	230
I. Unterlassungsvorsatz	230
II. Vorsatz in Bezug auf die Quasi-Kausalität	231
G. Rechtswidrigkeit	231
H. Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens	232
2. Abschnitt: Spezielle Probleme beim unechten Unterlassungsdelikt	234
A. Abgrenzung aktiven Tuns vom Unterlassen	234
Fall 24: Abbruch eigener Rettungshandlungen; Abhalten Rettungswilliger und Kausalität	234
B. Ingerenz	238
Fall 25: Gerechtfertigtes Vorverhalten	238
C. Hypothetisch rechtmäßiges Alternativverhalten; Unterlassungsvorsatz; Rechtfertigung der Unterlassungstat; Unzumutbarkeit	242
Fall 26: Fenstersturz-Fall	242
D. Rechtfertigende Pflichtenkollision	245
Fall 27: Kollision gleichrangiger Handlungspflichten	245
■ Zusammenfassende Übersicht: Besonderheiten des vorsätzlichen unechten Unterlassungsdelikts	247
5. Teil: Das fahrlässige unechte Unterlassungsdelikt	248
1. Abschnitt: Abgrenzung Tun/Unterlassen	248
2. Abschnitt: Keine selbstständige Bedeutung des Zurechnungs- oder Gefahrzusammenhangs mehr	249
3. Abschnitt: Fallanwendung	250
Fall 28: Abgrenzung aktives Tun und Unterlassen bei der Fahrlässigkeitstat; sorgfaltswidriges Unterlassen	250
Fall 29: Quasi-Kausalität und Risikoverminderung	251

6. Teil: Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen, speziell: das erfolgsqualifizierte Delikt	253
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	253
A. Strafbegründende Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	253
B. Strafschärfende Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	253
2. Abschnitt: Tatbestandsspezifischer Gefahrzusammenhang zwischen Grunddelikt und schwerer Folge	254
3. Abschnitt: Keine darüber hinausgehende Bedeutung des Zurechnungs- oder Gefahrzusammenhangs mehr	255
4. Abschnitt: Aufbau	255
Fall 30: Gefahrspezifischer Zusammenhang bei der Körperverletzung mit Todesfolge	257
Stichwortverzeichnis	261